

Kohlregierung am Werk:

OPFER FÜR DIE ARMEN GESCHENKE FÜR DIE REICHEN



Die SPD instandbesetzen!

*Die Investitionshilfe-Abgabe wird nun doch zurückgezahlt — entgegen der Ankündigung der CDU im Wahlkampf, sie aus Gründen der "sozialen Ausgewogenheit" einzubehalten.

Natürlich wird das Ganze mit etwas sozialer Kosmetik verbrämt: da die Rückzahlung erst nach sieben Jahren erfolgt, entspräche der Zinsverlust der Belastung einer einjährigen Abgabe.

Doch auch die Opfer der Arbeitnehmer bestehen schließlich nicht nur in den unmittelbaren Einkommensverlusten, sondern auch in Zinsverlusten, die rechnerisch erzielbar gewesen wären.

Weiterhin soll den geplagten Unternehmern die Last der be-

trieblichen Vermögenssteuer von den Schultern genommen werden (Höhe des Geschenks: ca. zwei Milliarden DM).

Die SPD als Oppositionspartei muß eindeutig die Interessen der von Kürzungen betroffenen Schichten vertreten. Sie darf nicht den Eindruck erwecken, als gehe es ihr nur um kleine Korrekturen im Sinne der "sozialen Ausgewogenheit".

Die Ursachen für die Finanzmiserere des Staates liegen in der chaotischen Wirtschaftsordnung, deren fette Jahre unwiederbringlich vorbei sind. Der Kapitalismus zeigt jetzt wieder sein Alltagsge-
sicht: Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, Verfall ganzer Wirt-

schaftszweige, militärische Aufrüstung bei sozialem Abbau.

Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hat uns keine Zukunft mehr zu bieten. Die Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet werden, ist heute aktueller denn je.

Die politischen Interessenvertretung der Arbeiter, die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft — mit diesen Zielen ist die SPD einmal angetreten. Helft mit, die SPD instandzubesetzen!

Joachim Heuck, Hamburg
Mitglied der SPD-Bergedorf

Stück für Stück läßt die neue Regierung jetzt die Katze aus dem Sack: die Einsparungen, die von der CDU/CSU "ehrlicherweise" vor der Wahl angekündigt wurden, waren erst der Anfang.

Kein Wunder. Im sogenannten Lambsdorff-Papier wurde bereits im Herbst '82 gezeigt, wo es nach dem Willen des Kapitals langgehen soll: Senkung des Arbeitslosengeldes, der Sozialhilfe, der Finanzierung von Arbeitsförderungsmaßnahmen, Streichung des Mutterschaftsurlaubes, reale Rentenkürzungen, des Wohngeldes, Einsparungen im öffentlichen Dienst, Karenztage bei der Lohnfortzahlung und, und, und. . .

Ganz klar wird eine Umverteilung der Gelder von arm nach reich angestrebt. Das hat die Kohl-Regierung in den Koalitionsvereinbarungen jetzt in Angriff genommen.

Geplant sind (vorläufig!):

- *indirekte Beitragserhöhungen zur Rentenversicherung durch Wegfall von Freibeträgen und Versicherungspflicht für Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld)
- *Krankengeldbezieher müssen Beiträge zur Rentenversicherung leisten
- *Die Rentenerhöhungen werden gekappt und 1984/85 wohl nochmal verschoben.
- *Das Arbeitslosengeld für Ledige und Verheiratete ohne Kinder wird auf 62% gesenkt.
- *Die Sozialhilfe soll auf die "wirklich Bedürftigen" begrenzt werden: d.h. wieder werden Zehntausende durchs "soziale Netz" fallen.

*Leistungen für Schwerbehinderte werden abgebaut.

Auf der anderen Seite — wen wundert's — Zugeständnisse an die Besserverdienenden und Unternehmer:

Kahlschlag in der Stahlindustrie

Vertrauensleute fordern Verstaatlichung



DIE EXISTENZEN ZEHNTAUSENDEN STAHLARBEITER-FAMILIEN STEHEN AUF DEM SPIEL

Allein in diesem Jahr sollen im Stahlbereich etwa 100.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Ganze Städte wie Duisburg und Dortmund, in denen die Arbeitslosenrate jetzt schon auf die 20% zugeht, sollen nach dem Willen der Kapitalisten und ihrer Regierung in Geisterstädte verwandelt werden.

In der Aufschwungphase wurden die Produktionskapazitäten der Stahlwirtschaft von Anfang der 50er Jahre bis Mitte der 70er Jahre beständig ausgeweitet. Rekordjahr in der Produktion von Rohstahl: 1974 mit 53,2 Millionen Tonnen. Wegen großer Profitraten wurde viel investiert, und Überkapazitäten aufgebaut. 1974, auf dem Höhepunkt der Stahlproduktion, wurden 88,1% der Kapazi-

täten genutzt. Mit sinkendem Wirtschaftswachstum verschlechterten sich die Absatzmöglichkeiten. Dennoch wurden bei verschärfter internationaler Konkurrenz Kapazitäten ausgedehnt. Seit 1980 wächst die deutsche Wirtschaft nicht mehr. Das Bruttosozialprodukt schrumpft jährlich um fast zwei Prozent.

Am Zustand der Stahlindustrie läßt sich die Lage einer Wirtschaft genau ablesen, da es sich um einen Schlüsselbereich handelt, auf den andere Bereiche wie Maschinenbau-, Automobil-, Werft- und Metallindustrie insgesamt angewiesen sind. Insofern ist die Stahlindustrie ein wichtiger Gradmesser für den wirtschaftlichen Zerfall.

Seit Mitte der 70er Jahre sank die westdeutsche Rohstahlproduktion immer mehr ab und erreichte 1982 nur noch 37 Millionen Tonnen. Die Kapazitäten la-

Forts. auf Seite 2

VORAN zur sozialistischen Demokratie
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft
 Erscheint im zehnten Jahrgang
 Redaktionsanschrift: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11
 Telefon: 0 21 91 / 5 49 32
 Bankverbindung: : PschA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430
 VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
 Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen-Dellwig

Volksverhör

In zahlreichen Städten haben sich in den letzten Wochen Initiativen zum Boykott der Ende April anstehenden Volkszählung gegründet, an denen viele – auch bisher nicht organisierte – Jugendliche teilnehmen. In diesem Zusammenhang tauchen viele Fragen auf: Sind nicht Zählungen und Erhebungen doch irgendwie sinnvoll? Soll man die Beantwortung nur einzelner Fragen verweigern? Oder ganz boykottieren?

Sicher ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, Bestandszählungen und Erhebungen durchzuführen. So wäre es z.B. interessant zu erfahren, wie groß die Wohnungsnot in der BRD (Fehlbestand) ist, wie Einkommen und Vermögen verteilt sind, wieviel Gewinne die Unternehmer machen, usw.

Doch die Hauptfrage ist: Wer führt die Zählung durch, und wie wird sie kontrolliert? Schon durch die Auswahl der Fragen wird eine bestimmte Richtung vorgegeben. Nach Unternehmergewinnen wird erst gar nicht gefragt, selbst die Frage nach dem Umsatz der Unternehmen wurde wieder herausgenommen.

Es ist natürlich auch viel wichtiger, die Masse der Bevölkerung zu durchleuchten. Auch hier könnte man einige interessante Erkenntnisse gewinnen: z.B. wieviele Menschen tatsächlich arbeitslos sind; wieviele Schulabgänger oder Hausfrauen suchen einen Job, die in Stings Statistiken gar nicht auftauchen? Die Frage nach Arbeitssuchenden ist zwar im Bogen enthalten. Aber: werden wir solche Angaben hinterher auch tatsächlich erfahren?

Es heißt zwar im Gesetz:

"Aus diesen Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen gegen den einzelnen Auskunftsrechtlichen verwendet werden."

Aber wer könnte das Gegenteil beweisen, wenn Behörden – in gebührendem Zeitabstand nach der Befragung – ihre Erkenntnisse anderweitig bekommen haben wollen? Wer soll denn glauben, daß etwa die Ausländerbehörde einen nicht gemeldeten Ausländer laufen ließe?

Überhaupt ist der Datenschutz in keiner Weise gewährleistet. Ein großer Teil der Daten darf laut Gesetz mit dem Melderegister verglichen werden. Und zum Melderegister haben wiederum alle möglichen Behörden Zugang. So auch Polizei, Verfassungsschutz. . .

Auch die Weitergabe an Bundes- und Landesbehörden "zur Erfüllung ihrer Aufgaben" ist gesetzlich – ohne Namensangabe – vorgesehen. Doch Adresse, Telefonnummer und Anschrift des Arbeitgebers reichen ja auch vollkommen aus, um auf die Person zu schließen.

Die Anonymität der Erhebung ist absolut nicht gegeben – da kann Innenminister Zimmermann schwören, was er will.

Von einer Befragung durch den bürgerlichen Staat, durchgeführt auch noch von einer Rechtskoalition, ist nichts Positives zu erwarten. Der Staat hat kein überwiegendes Interesse daran, Daten zu sammeln, um dann zum Wohle der Bevölkerung planen zu können.

Sinnvoll könnte eine solche Zählung nur dann sein, wenn sie von Anfang bis Ende öffentlich und demokratisch kontrolliert wird. Denkbar wäre z.B. eine gewerkschaftliche Kontrolle schon bei der Aufstellung des Fragenkatalogs über die Einhaltung des Datenschutzes bis hin zur Auswertung und Vernichtung der Bögen.

Bei der jetzt anstehenden Volkszählung ist aber der Boykott die einzig richtige Antwort. Teilverweigerung, falsche Angaben, Knicken der Bögen (damit sie vom Computer nicht gelesen werden können) – das alles sind individuelle Protestaktionen zu Hause im stillen Kämmerlein. Zudem werden schon die Zähler darauf achten, daß die Bögen vollständig und unbeschädigt ausgefüllt werden.

Tragen wir unseren Protest, und vor allem unsere Argumente, auf die Straße, in SPD und DGB hinein. Die Jugendorganisation der IG Druck und Papier und auch die Angestelltenkonferenz der IG Metall haben sich bereits gegen die Volkszählung ausgesprochen. Weitere Gewerkschaftsorgane und SPD-Gliederungen sollten folgen.

Hier sind insbesondere Jungsozialisten, Falken, und die gesamte Gewerkschaftsjugend gefordert, eine politische Kampagne um diese Frage zu entfalten und für eine breite Unterstützung zu mobilisieren.

Je mehr sich am Boykott beteiligen, umso unwahrscheinlicher sind Bestrafungen durch Bußgeldbescheide. Um zu verhindern, daß einzelne "Rädelsführer" herausgepickt und mit Strafen belegt werden, müssen Rechtshilfe- und Spendenfonds gegründet werden.

Bringen wir der Regierung ihre erste Schlappe bei.

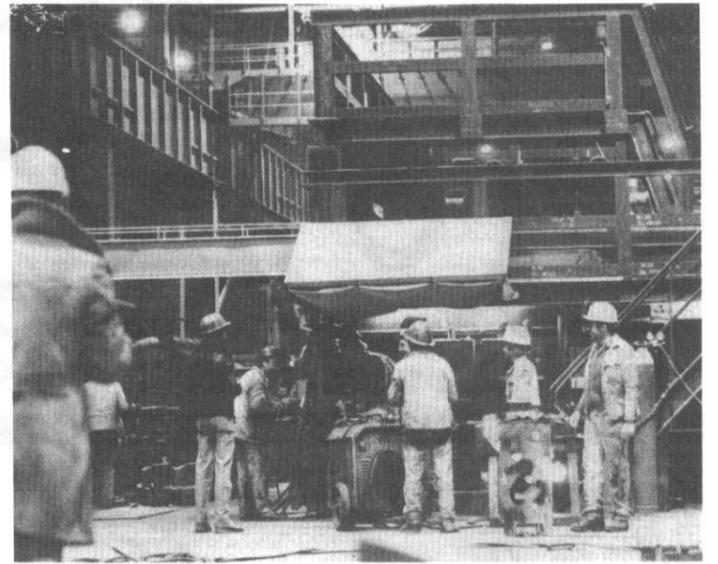
Forts. von Seite 1

STAHLKRISE

Auszug aus der Entschließung der IGM Dortmund:

"Der Vernichtungsstrategie der Kapitaleseite muß deshalb eine nationalstaatliche, auf der Grundlage der Montanmitbestimmung basierende Lösung entgegengestellt werden.

- Nationalstaatliche Lösung heißt:
- die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum (Bundeseigentum und Landeseigentum)
- Schaffung einer nationalen paritätischen mitbestimmten Stahl AG
- Sicherung der regionalen Stahlstandorte, gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik
- Sicherung der Stahlstandorte durch eine demokratische Rahmenplanung."



DER IGM-VORSTAND MUSS DIE FORDERUNGEN DER STAHLARBEITER AUFGREIFEN

gen bei 68 Millionen Tonnen. Und im ersten Quartal 1983 wird die Auslastung noch unter 50% liegen. Damit wird jetzt das "Modell Deutschland" von einer Entwicklung erfaßt, die in den anderen EG-Ländern seit 1974 bereits 38% der Stahlarbeitsplätze gekostet hat. Der staatliche britische Stahlkonzern BSC (British Steel Cooperation) senkte z.B. von 1977 bis 1982 die Belegschaftszahl von 225.000 auf 90.000. Die Verluste der deutschen Stahlindustrie betragen für den Zeitraum September bis November 1982 insgesamt 1,2 Milliarden DM. Die Produktion sank gleichzeitig um 27% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Trotz Verbesserung und Modernisierung der Produktionsverfahren ist die deutsche Stahlindustrie durch japanische Konkurrenz bedroht.

1976 lag die Produktion je Beschäftigten bei:

Nippon-Steel (Japan)	524	jato
Thyssen (BRD)	370	jato
National Steel (England)	255	jato
ARBED (Luxemburg)	248	jato
Usinor (Frankreich)	225	jato
Cockerill (Belgien)	206	jato

(jato = Tonnen Rohstahl pro Jahr)
 (Dabei handelt es sich um die jeweiligen nationalen Marktführer.)

Steuergelder für Arbeitsplatzvernichtung?

In der EG haben alle Stahlkonzerne in Erwartung eines neuen Aufschwungs seit 1974/75 die Kapazitäten ausgedehnt (von 1974 bis 1978: BRD +14%, Italien +23,9%, Frankreich +6,2%, England +0,3%). Doch der Aufschwung blieb aus. Mit interna-

tionalen Abkommen (1977 Eurofer I u.a.) versuchten die EG-Behörden, den Konkurrenzdruck abzumildern und Produktionsabsprachen und Quotenregelung durchzusetzen. Ohne Erfolg. Alle Abkommen wurden von Firmen sabotiert, die sich in ihrem Überleben bedroht sahen. Die "natürlichen" Heilkräfte der Marktwirtschaft versagten. Da begann das Geschrei der deutschen Stahlbarone nach öffentlichen Subventionen und Geldgeschenken. Damit geben die Kapitalisten zu, daß es keine privatwirtschaftliche Lösung mehr gibt. Im Herbst 1982 starteten sie eine Kampagne, um insgesamt 15 Milliarden (!) DM an öffentlichen Zuschüssen abzustauben. Natürlich getarnt als "Investitionshilfen" über "Länderfonds", "Regionalprogramme" für das Ruhrgebiet, "arbeitsmarktpolitische Programme" und "Steuererleichterungen" (Wegfall der Lohnsummensteuer) usw. Das ist nun aber auch für die BRD, die im Rahmen der EG ja noch recht gut dasteht, etwas arg viel.

Die CDU-Regierung, die ein williges Instrument in den Händen des Kapitals ist, setzte drei "Moderatoren" ein, die ein Umstrukturierungs- (lies: Kahlschlags-) konzept für die Stahlindustrie erarbeiten sollten. Ende Januar legten sie folgendes Konzept vor:

Die deutschen Stahlunternehmen werden in zwei Großunternehmen zusammengefaßt (Gruppe Rhein mit Krupp, Thyssen und Gruppe Ruhr mit Hoesch, Klöckner, Peine Salzgitter). ARBED-Saarstahl und Korf werden abgeschrieben (Korf hat bereits Vergleich angemeldet). Die Pleite der Gruppe Ruhr

ist bereits eingeplant. Die Umstrukturierung kostet drei Milliarden DM, die der Staat zahlen soll. Dieses Sanierungskonzept findet die Zustimmung der CDU-Bundesregierung und der EG-Kommission.

IGM-Vorstand muß handeln!

Dagegen fordern die IG Metall-Vertrauensleute bei Hoesch, Krupp, Thyssen und Mannesmann die Verstaatlichung der Stahlindustrie und die demokratische Kontrolle und Verwaltung durch Beschäftigte, Gewerkschaften und staatliche Planungsgremien. Durch eine Demokratische Rahmenplanung sollen die Interessen der Arbeiter gewährleistet werden. Die Produktion soll sich nach dem Bedarf und nicht nach dem Profit richten. Um die Kampfmaßnahmen genauer zu diskutieren, forderten sie die Einberufung einer Stahlarbeiterkonferenz.

Diese Stahlkonferenz fand Ende Februar statt. Doch leider zeigte sich, daß der IG Metall-Vorstand mit geringen Änderungen das Moderatorenkonzept annehmen will, obwohl die überwältigende Mehrheit der anwesenden Betriebsräte, und Arbeitsdirektoren für die Verstaatlichung waren. Die wirkliche Entscheidung muß auf dem nächsten IG Metall-Gewerkschaftstag fallen, da die Stahlkonferenz keine Entscheidungskompetenz hatte.

Der IG Metall-Vorstand muß die Tarifrunde nutzen, um die Forderung der Stahlwerker durchzusetzen.

Leo Schiffer, Aachen
 Mitglied der Jungsozialisten

Kampffonds

SPENDENKONTO:
 VORAN
 PschA Essen
 Konto 2500 59-430

GELD VON FLICK? - NEIN DANKE!

Unter der Rechtsregierung haben sich Arbeiter und Jugendliche auf weiteren sozialen Kahlschlag, Angriffe auf den Reallohn, schlechtere Bildungs- und Ausbildungschancen gefaßt zu machen.

Die SPD muß in der Opposition wieder zu einer eindeutigen Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer finden. Nur mit einer klaren sozialistischen Alternative kann sie der Kohlregierung glaubwürdig entgegentreten.

Doch das passiert nicht von allein. Wir können nicht auf plötzliche Eingebungen und Läu-

terungen von SPD-Spitzenpolitikern hoffen. In der Politik der SPD ändert sich nur dann etwas, wenn wir sie instandbesetzen und für bessere Programme und Perspektiven kämpfen.

Dazu ist eine Zeitung wie VORAN eine wichtige Hilfe. VORAN lebt ausschließlich von der Unterstützung der Genossen und Kollegen, die auf ein marxistisches Sprachrohr in Partei und Gewerkschaft nicht verzichten wollen.

Wir erhalten keine Millionen von Herrn Flick – dafür nehmen wir aber die Pfennige und Marken

von Jugendlichen, Schülern, Studenten, Arbeitern, Hausfrauen und Rentnern umso lieber entgegen.

Helft mit, VORAN als Transportmittel sozialistischer Ideen und Perspektiven aufzubauen!

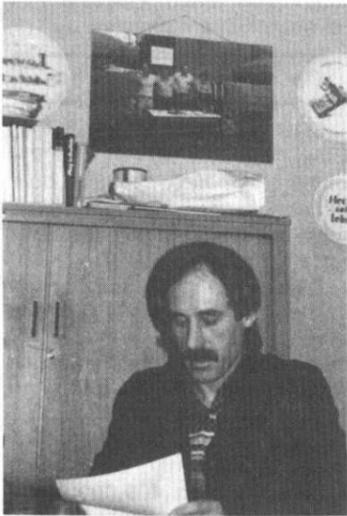
ACHTUNG! NEUE KONTONUMMER BEACHTEN:

VORAN
 zur sozialistischen Demokratie
 Postscheckamt Essen
 Konto-Nr. 2500 59-430

Heckel-Besetzung

WIR WÜRDEN ES WIEDER MACHEN

In der letzten VORAN berichteten wir über die Betriebsbesetzung bei der Firma Georg Heckel in Saarbrücken. Inzwischen hat die Belegschaft die Besetzung beendet. Über die Erfahrung der Kollegen sprach unser Mitarbeiter Dieter Janßen mit dem Betriebsratsvorsitzenden Günter Gard.



Günter Gard
Betriebsratsvorsitzender

VORAN: Wie werden die Entlassungen bei Heckel abgewickelt, und wie erfolgt die Zuteilung der Ersatzarbeitsplätze?

Günter: Es ist natürlich möglich, daß versucht wird, uns jetzt hier 10- oder 20-mannweise auf die versprochenen Ersatzarbeitsplätze zu versetzen, und daß dann die letzten, die die von Heckel wegsollen, keine Möglichkeit mehr hätten, auf die Einhaltung des Versprechens zu drängen. Natürlich ist auch die Versuchung bei den Kumpels da, auf solche Einzelangebote einzugehen, weil sich jeder seinen zukünftigen Arbeitsplatz sichern will. Da müssen wir als Betriebsräte den Kumpels klarmachen, daß das keinen Wert hat und wir erst den Gesamtplan über die Versetzungen auf die Ersatzarbeitsplätze haben wollen, bevor wir einzelnen Versetzungen und Entlassungen zustimmen.

VORAN: Welche Konsequenzen ziehst Du für die Gewerkschaftsarbeit?

Günter: Innerhalb der Gewerkschaften muß ein Lernprozeß stattfinden. Bis jetzt hatten wir ja die sogenannten "fetten Jahre". Bisher begnügte man sich bei Entlassungen mit der Forderung nach einem Sozialplan, weil man wußte, draußen gibt es genügend andere Arbeitsplätze. Heute ist das anders. Heute gibt es keine Möglichkeit mehr, auf andere Arbeitsplätze auszuweichen. Ein Umdenken ist notwendig.

Für den Betriebsrat, der vielleicht zehn, zwanzig Jahre nichts anderes zu tun hatte als sich mit Akkordzeiten herumzuschlagen, oder damit, ob die Klotür rot oder grün angestrichen wird. Wenn der plötzlich vor die Tatsache gestellt wird, das Werk wird geschlossen, wir müssen jetzt zu Kampfmaßnahmen schreiten, für den ist das ein unheimlicher Umdenkungsprozeß. Und wenn man

sich in diesen Jahren auch von der Basis noch ein bißchen entfernt hat, wird es noch schwieriger. . .

VORAN: Gab es nach dem jetzigen Ergebnis Vorwürfe von den Kumpels in die Richtung: "Ich hab's ja gleich gewußt"?

Günter: Ja sicher gibt es solche Leute. Aber wenn man heute den Kumpels die Frage stellt, ob sie es wieder machen würden, auch mit dem Ergebnis, glaub ich, würden es über 90% wieder machen.

VORAN: Gibt es auch Sachen, die ihr anders machen würdet?

Günter: Ja, ich würde zum Beispiel - oder wir alle - die Zusage der ARBED von damals, mit der man uns aus dem Hungerstreik rausgeholt hat, viel konzentrierter verlangen, und auch in Verbindung mit der Landesregierung. Denn zu dieser Zeit, als wir schon ziemlich lange im Hungerstreik waren, hat dies dazu geführt, daß wir vielleicht nicht in der Lage waren, ziemlich klar zu denken, daß wir da zu leichtgläubig waren. Man hätte sich damals nicht mit der Zusage von ARBED begnügen dürfen, sondern hätte die Sache weiterführen müssen, um auch von der Landesregierung eine Zusage zu erhalten.

VORAN: Besteht Kontakt zu anderen Belegschaften, die von Entlassungen bedroht sind?

Günter: Ja, wir haben viel und ständigen Kontakt mit Enka Kassel, mit den Verbleibenden von Videocolor in Ulm, auch mit dem Betriebsratsvorsitzenden.

VORAN: Der Kampf hat wahrscheinlich schon ziemlich viel bewirkt.

Günter: Wenn sich, man kann sagen, 90% der Belegschaft bisher noch nicht gewerkschaftlich oder parteipolitisch betätigt haben und jetzt plötzlich in einen Arbeitskampf reingezogen werden, wo die ganze Familie praktisch mit eingeschlossen wird, dann muß man sich mal vorstellen, welche Opfer das erfordert.

Ich habe noch weitere Anfragen bekommen, auch in anderen Betrieben zu sprechen. Es hat also doch einiges bewegt, und es gibt viele, die der Meinung sind, man könnte unsere Erfahrung auch auf ihren Betrieb anwenden oder mindestens näher diskutieren.

VORAN: Wären bessere Erfolgchancen bei noch breiterer Solidarität dringewesen?

Günter: Es hätte mit Sicherheit etwas gebracht, wenn die Unterstützung aus den Betrieben gekommen wäre, z.B. wenn nur hier in der Verwaltungsstelle der IG Metall Saarbrücken auch nur jedes Werk eine Viertelstunde Warnstreik gemacht hätte, glaube ich, hätten wir unseren Kampf gewonnen. Dann hätte nämlich die Landesregierung ihre Zusage zur Schließung von Heckel nicht so leicht machen können.

VORAN: Und wie sieht das konkret mit der Zusicherung von Ersatzarbeitsplätzen aus?

Günter: Tatsächlich sieht das momentan so aus, daß die Arbeitsplätze sind, die schon vorhanden sind. Es werden also 200 Arbeitsplätze vernichtet. Bis jetzt habe ich noch keinen Arbeitsplatz entdeckt, der neu geschaffen worden ist.

VORAN: Wie stehst Du zur Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie?

Günter: Das ist ja keine neue Forderung der IG Metall, denn wenn man sich die Satzung der IG Metall anschaut, da lautet §2, Abs. 4: Verstaatlichung der Schlüsselindustrie.

Im Fall Heckel sieht es ja so aus, daß die ARBED als eine der ersten Maßnahmen die Verkaufsabteilung hier geschlossen hat und dann den Verkauf über das Zentralbüro für Deutschland in Köln hat machen las-

sen. Dadurch haben wir praktisch über Nacht nur noch Aufträge gekriegt in einer Größenordnung, die gar nicht zu fahren war, vielleicht 0,5 bis 1,2 Tonnen.

Wenn man sich ausrechnet, daß eine Maschine in der Schicht etwa drei Tonnen fährt, kann man sich ausrechnen, wie oft hier umgebaut werden muß, und somit haben die Leute an der Maschine mehr Umrüstzeit als Produktionszeit. Entsprechend sieht dann auch das Ergebnis unter dem Strich aus.

VORAN: Ist das Absicht der Konzernleitung?

Günter: Wir haben diese Sache schon zwei Monate später schriftlich bei der ARBED angeprangert, und auch bei der Landesregierung. Die ARBED hat diesen Sachverhalt immer wieder dementiert. Heute geben sie zu, daß Heckel bewußt kaputtgefahren worden

ist, natürlich nicht in offiziellen Gesprächen, aber in inoffiziellen.

VORAN: Wie lange können es die Arbeitgeber noch schaffen, die Arbeiter verschiedener Betriebe gegeneinander auszuspielen?

Günter: In Neunkirchen hat man über 6.000 Arbeitsplätze abgebaut. Da haben die Kumpels in Völklingen, in Burbach oder sonstwo gesagt: wenn dort zugemacht wird, bleiben wir weiter bestehen. Und genauso ist es umgekehrt gegangen.

Das ist das Bewußtsein der Kollegen, und das kann man nicht über Nacht ändern. Ich glaube aber, daß wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie sich jetzt abzeichnet, dann geht das von allein - die Bewußtseinsbildung.



MAN - Hamburg: Totaler Widerstand

Die Entlassungswelle in der Hamburger Metallindustrie rollt weiter. Zwischen 1970 und 1982 ist dort die Zahl der Beschäftigten von 102.600 auf 65.000 zurückgegangen. Im zweiten Halbjahr 1982 allein sind 2.500 Kollegen entlassen worden, und für 1983 sind weitere 4.000 Entlassungen zu befürchten. Gleichzeitig waren bzw. sind 1982/83 40% der Betriebe von Kurzarbeit betroffen. Es gibt im Bereich der IG Metall Hamburg kaum einen Betrieb, wo nicht Kurzarbeit, Entlassungen oder totale Gefährdung auf der Tagesordnung stünden.

Das Hamburger MAN-Werk soll ausgeblutet werden. Hier ist die Belegschaftszahl in den letzten acht Jahren von 1.700 auf 1.100 zusammengeschrumpft. Jetzt sollen als nächster Schritt 600 Arbeitsplätze im Dieselmotorenbau verschwinden. 50% der Kol-

legen gehören seit 20 Jahren dem Betrieb an, und bei der aktuellen Arbeitsmarktlage gibt es keine Chance, in Hamburg und Umgebung überhaupt einen anderen Arbeitsplatz zu finden.

Nach der Bekanntgabe der Konzernpläne im November '82 hat die gesamte Belegschaft den "Totalen Widerstand" erklärt. In vielen Einzelaktionen hat sie seither Kampfbereitschaft demonstriert: Unterschriftensammlung, Fahrt nach Augsburg und Flugblattverteilung mit den dortigen MAN-Kollegen, gemeinsame Demonstration mit der ebenfalls von Massenentlassungen bedrohten Belegschaft der HDW, Demonstration mit Bittgottesdienst und Flugblattverteilung in der City, Aktion zur Übernahme des vierten Lehrjahres. . . (Im Bild: Informationskundgebung des Betriebsrates am 18. November). Weitere Aktionen sind geplant.

"Die Kollegen sind der Meinung 'Jetzt erst recht' und kürzlich hat ein Kollege gesagt, 'alle Aktionen bringen immer wieder mehr Hoffnung, mehr Kraft', so der Betriebsratsvorsitzende Addi Janssen. "Die Belegschaft sagt, das ist jetzt unsere letzte Chance, sich noch einmal nach all den vielen Jahren zu wehren. . ."

Die Widerstandsmaßnahmen werden weitergehen. "Für uns ist auch die Betriebsbesetzung ein Mittel, was im Gespräch ist. Auch die Forderung aus den Stahlbetrieben nach Überführung in Gemeineigentum wird hier diskutiert", so Addi Janssen.

Die MAN-Belegschaft braucht unsere Solidarität! Richtet Anfragen und Solidaritätserklärungen bitte an:

Betriebsrat MAN-Werk Hamburg
Roßweg 6, 2000 Hamburg 11

Konsequenzen aus dem Wahlergebnis

WARUM HAT DIE CDU/CSU GESIEGT? 60 Prozent der Jugend wählte links

Der "Genosse Trend" zeigte schon lange nach unten. Bei fast allen Landtags- und Kommunalwahlen der letzten Jahre hat die SPD Niederlagen einstecken müssen. So z.B. in Berlin, Hessen und Niedersachsen. Doch dies war überwiegend darauf zurückzuführen, daß die SPD ihre Anhänger nicht voll mobilisieren konnte. Besonders in Arbeiter- und Arbeiter-Quartieren gab es hohe Wahlenthaltungen; viele Jungwähler blieben der Wahl ebenfalls fern oder wählten grün. Die CDU konnte stärkste Fraktion werden; nicht, weil sie an Stimmen dazugewonnen hatte, sondern weil viele SPD-Wähler aus Protest zu Hause blieben.

Abwärts-Trend

Schon bei diesen Wahlen zeigte sich deutlich die Unzufriedenheit vieler SPD-Anhänger mit der Politik ihrer Partei. In diesem Abwärtstrend seit Mitte der 70er Jahre gab es eigentlich nur zwei Ausnahmen: das Jahr 1980, wo Strauß als Kanzlerkandidat der Union viele doch nochmal dazu bewog, ihr Kreuz bei der SPD zu machen. Dies brachte in NRW die absolute SPD-Mehrheit, in Bonn den Sieg der sozialliberalen Koalition, wobei auch hier eine absolute SPD-Mehrheit möglich gewesen wäre, wenn man die FDP schon damals bekämpft hätte, statt sie seitens der SPD-Spitze massiv zu unterstützen.

Ausnahmen

Die zweite Ausnahme waren die Wahlen im Zusammenhang mit der durch's Kapital über die FDP eingeleiteten "Wende". Hier machte sich in erster Linie die Empörung der Wähler über die FDP und den undemokratisch herbeigeführten Parlamentsputsch Luft. Die SPD-Basis war erleichtert, daß endlich klare Verhältnisse geschaffen waren und war in entsprechender Kampf Stimmung. So konnte eine drohende Niederlage in Hessen verhindert und in Hamburg die absolute Stimmenmehrheit zurückgewonnen werden.

Diese "Ausnahme-Wahlen" zeigen, was möglich wäre, wenn der Wahlkampf einigermaßen kämpferisch und mit halbwegs klaren Aussagen geführt würde.

CDU gewählt - warum?

Die jetzt verlorene Bundestagswahl knüpfte wieder an den generellen Abwärtstrend vor der "Wende" an. Es kam sogar schlimmer: diesmal gab es keine Protestenthaltungen von SPD-Wählern sondern sogar einen absoluten Stimmengewinn der CDU/CSU auf Kosten der SPD.

Zwei Millionen Wähler schwenkten von der SPD zur CDU über (abzüglich der Rückwanderungen blieben der CDU davon "netto" 1,6 Millionen). Unter diesen Wählern waren diesmal auch viele Arbeiter - die traditionellen Stammwähler der SPD. Wie ist das zu erklären? Sind die Arbeiter plötzlich konservativer geworden? Gab es einen Rechtsruck?

Enttäuschung

Die Gründe liegen wohl weniger darin, daß die CDU ein begeisterndes und attraktives Programm anzubieten hatte, als vielmehr in der mangelnden Glaubwürdigkeit und der Enttäuschung über die Politik der SPD in den letzten Jahren.

Anfang der 70er Jahre konnten zwar noch einige Verbesserungen für Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Aber seit der tiefgreifenden Krise 1974/75 wurde die SPD als führende Regierungspartei gleichgesetzt mit: Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten, Rückgang der Produktion, des Lebensstandards, Kürzungen von Sozialleistungen, fehlende Konzepte.

Dennoch muß gesagt werden: die SPD-Führung hat auch nichts dazu beigetragen, die Ursachen der Wirtschaftskrise wirklich deutlich zu machen - die Ursachen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen. Sie wollte jahrelang den Eindruck erwecken, daß durch staatliche Maßnahmen alles wieder in den Griff zu kriegen sei.

Daraus konnten viele Arbeiter nur den Schluß ziehen: wenn diese Regierung es offenbar nicht schafft, muß eben eine andere her.

Die Wirtschaftspolitik war das ausschlaggebende Thema - es war vielen Arbeitern noch wichtiger als Bafög, Mieten, § 218 und all die Themen, die die SPD in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gerückt hatte, und bei denen sie - wenn man den Analysen glauben will - auch besser abgeschnitten hat als die CDU. Deshalb kann auch nicht geschlossen werden, daß die Rechtskoalition einen Auftrag zu weiteren Kürzungen im Sozialbereich erhalten hätte. Nein, man traute ihr einfach mehr in der Wirtschaftspolitik zu und wollte auf diesem Gebiet



TROTZ "AUFSCWUNGS" WERDEN DIE SCHLANGEN IN DEN ARBEITSÄMTERN LÄNGER WERDEN

In den Augen vieler Arbeiter trägt die Verantwortung dafür zunächst mal die jeweilige Regierung. Man kann davon ausgehen, daß dies weniger diejenigen Arbeiter waren, die gewerkschaftlich oder politisch orientiert oder sogar aktiv sind. Es sind wohl eher die Schichten, die weniger Kontakt zur organisierten Arbeiterbewegung haben und das Geschehen überwiegend über Tagespresse und Fernsehen verfolgen.

einen Wechsel herbeiführen.

Draht zum Kapital

Hinzu kam, daß man bei der CDU einen besseren Draht zum Kapital vermutet. Und da ist schließlich viel Wahres dran. Das Kapital wollte offensichtlich ziemlich einmütig den Sieg der Rechtskoalition. Die Unternehmer haben massiv zugunsten der CDU in den Wahlkampf eingegriffen. Dies hat einerseits

seine einschüchternde Wirkung (Angst um den Arbeitsplatz) nicht verfehlt. Andererseits mag es auch viele dazu bewogen haben, Unternehmern politische Rahmenbedingungen zu verschaffen, in der Hoffnung, damit den "Aufschwung zu wählen".

Was hatte dagegen die SPD zu bieten? Sie stellte sich ausdrücklich in die Tradition ihrer bisherigen Politik. Das hieß für viele Wähler ganz einfach: Fortsetzung der Flickschusterei, der Konzeptionslosigkeit.

Damit ließ sich nicht einmal glaubwürdig gegen die Kürzungspolitik der "Übergangsregierung" eintreten. Denn wer selbst jahrelang mit dem Rotstift operiert hat, kann nicht plötzlich lauthals dagegen wettern. Und vielen Arbeitern ist durchaus klar, daß die Schuld für die Kürzungspolitik nicht einfach auf den Druck der FDP in der Koalition abzuwälzen ist. Das zeigt ihnen schon die Politik der SPD-Alleinregierung in NRW.

Nichts Neues von der SPD

Doch woher nahm die SPD die Behauptung, den Kapitalismus besser managen zu können als die Kapitalisten selbst? Warum sollte man dann nicht besser gleich die politischen Vertreter des Kapitals wählen? Warum sollte man sich nicht gleich für's "bürgerliche Original" entscheiden, statt für die "sozialdemokratische Kopie"?

Daß sich viele Wähler ihre Entscheidung sehr schwer gemacht haben und nicht mit "fliegenden Fahnen" zur CDU übergelaufen sind, zeigt der diesmal außergewöhnlich hohe Anteil von Unentschiedenen bis kurz vor der Wahl.

Einen weiteren tiefen Einbruch hat die SPD bei den Erstwählern und Jungwählern (bis 25 Jahre) erlitten. 1972 wählten sie zwei Drittel aller Jungwähler. Auch 1976 und 1980 waren es immerhin noch knapp die Hälfte. Doch diesmal verteilten sich die Stimmen der Erstwähler wie folgt:

SPD 37,5%
CDU 32,5%
Grüne 23,6%

750.000 Jungwähler gingen von der SPD zu den Grünen über.

Die schwammigen Aussagen zu Themen wie Umweltschutz, Raketenstationierung, Länge des Zivildienstes haben die Jungwähler scharenweise den Grünen zugeführt. Festzustellen bleibt aber: unter der Jugend

gibt es nach wie vor eine "Mehrheit links von der Union". Hier hat die CDU keine Gewinne verzeichnen können. Der hohe Anteil grüner Jungwähler ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Jugend grundlegende Alternativen sucht.

Bezeichnend ist aber auch, daß Jusos und SPD-Linke, die sonst immer die Jungwähler an die SPD gebunden haben, solche Alternativen offenbar nicht aufzeigen konnten.

Kein Wunder: waren sie doch der allgemeinen Vogel-Begeisterung völlig untergegangen. Sie haben sich zunächst damit zufriedengegeben, daß Köpfe ausgetauscht wurden: Vogel gegen Schmidt. Doch für viele Jungwähler macht eben ein Vogel noch keinen Sommer...

Die Konsequenzen ziehen

Eine gründliche Analyse und Kritik von 15 Jahren Regierungspolitik hat es seit dem Wechsel weder bei der Linken noch überhaupt in der Gesamtpartei gegeben.

Dies muß jetzt nachgeholt werden. Jusos und SPD-Linke haben keinen Grund, auf Tauchstation zu gehen. Die Verantwortung für die bisherige Politik und damit auch für die Niederlage tragen nicht sie.

Im übrigen hat es in den letzten Monaten 100.000 Neueintritte gegeben, darunter viele Jugendliche und Arbeitnehmer. Die Jungwähler sind weiterhin mehrheitlich links eingestellt. Auch hier gibt es noch viel zu tun.

Die Vorgänge im letzten halben Jahr machen zwei grundlegende Entwicklungen deutlich: *eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft. Es stehen sich wieder klar zwei große Blöcke gegenüber: Kapital und Regierung - Gewerkschaften und SPD. Auf parlamentarischer Ebene drückt sich dies im Trend zum Zwei-Parteien-System aus. Dies zeigen vor allem die Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Die FDP steht am Beginn ihres Endes. *Die Jahre wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Stabilität sind vorbei.

Die Tatsache, daß es bei dieser Wahl die größten Wählerverschiebungen seit 25 Jahren gegeben hat, ist Ausdruck für die zunehmende Instabilität.

Angela Bankert, Remscheid
Juso UB-Vorsitzende

Wahlausgang:

ZUR BASIS ZURÜCK!

Die CDU-Wähler werden schon noch merken, was sie gewählt haben. Auch wenn es jetzt anfangs vielleicht wirtschaftlich ein bißchen aufwärts geht (starke DM, steigende Aktien!), wird es danach nur noch schlimmer: so wie es heute bereits in Großbritannien und den USA aussieht. Dort haben die Konservativen ja auch nichts zustande gebracht, außer Rekord-Arbeitslosenzahlen.

Die CDU hat einen guten Wahlkampf geführt und die SPD hat nicht entsprechend darauf geantwortet. SPD-Mitglied und IG Metall-Vorsitzender Eugen Loderer hat sogar die große Koalition von SPD und CDU gefordert für den Fall, daß die Grünen in

den Bundestag kommen und es sonst keine regierungsfähige Mehrheit gibt. Und Vogel hat laut über die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung nachgedacht. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, daß wir verloren haben!

Die SPD muß jetzt eine Oppositionsrolle nutzen und den Widerstand gegen die reaktionäre Regierungspolitik organisieren. Dazu brauchen wir ein sozialistisches Programm, für das wir nicht nur innerhalb des Parlaments, sondern auch außerhalb kämpfen müssen. Vor allem muß die SPD wieder zur Basis zurück.

Bernd Melchert, Aalen
IG Metall-Mitglied

Aussichten nach der Bundestagswahl

KOHLREGIERUNG BLEIBT NICHT EWIG

Polarisierung, kein Rechtsruck

"Jetzt haben wir den totalen CDU-Staat", werden viele resigniert feststellen. Präsident, Kanzler, Bundestagspräsident, Verfassungsgericht, Bundesrat - alles fest in CDU-Hand. Müssen wir uns jetzt vier Jahre alles bieten lassen? Sollen engagierte Sozialisten jetzt lieber die Koffer packen und nach Australien auswandern?

Ein solch spektakulärer bürgerlicher Sieg wie der vom 6. März ist keine deutsche Besonderheit. In vielen westlichen Ländern sind unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise sozialdemokratische Regierungen von enttäuschten Arbeitern abgewählt bzw. vom Kapital gestürzt worden, nachdem sie oft Sozialreformen wieder abgebaut hatten: Australien und Neuseeland 1975/76, Schweden 1976, Israel 1977, Türkei 1979, Portugal 1978, England 1979, Norwegen 1982, Niederlande 1982, Dänemark 1982 (In Australien und Schweden sind übrigens die Sozialdemokraten nach nur wenigen Jahren inzwischen wieder als Wahlsieger in die Regierung zurückgekehrt.)



Kein Regierungschef sitzt heutzutage fest im Sattel - auch Kohl nicht.

"Aufschwung" - nicht für die Arbeiter

Doch wie sieht es mit dem von Kohl versprochenen Aufschwung aus? Sicher, nach drei Jahren schwerster Wirtschaftskrise seit Kriegsende dürfte spätestens 1984 wieder ein mäßiger Aufschwung mit bescheidenem Wirtschaftswachstum kommen.

Doch der Segen des Aufschwungs wird sich hauptsächlich in den Taschen der Unternehmer, Bankiers und Großaktionäre sammeln. Sie haben Kohls Wahlsieg bejubelt und fühlen sich jetzt bestärkt. Wir alle werden dies bald zu spüren bekommen (falls noch nicht geschehen...).

Doch wer garantiert, daß mehr Unternehmensgewinne auch tatsächlich mehr Investitionen zur Folge haben und nicht etwa mehr Kapitalflucht und mehr Spekulation? Und ist es nicht so, daß damit in den meisten Betrieben zuerst einmal Kurzarbeit abgebaut und die im Moment schwach ausgelasteten Kapazitäten ausgefahren werden, ehe überhaupt nur ein einziger Arbeiter neu eingestellt wird? Und wird nicht bei Investitionen überwiegend rationalisiert mit dem Ziel, Arbeitsplätze einzusparen?

Die angekündigten Massenentlassungen in vielen Industriezweigen laufen weiter. Eine Woche nach der Bundestagswahl und einen Tag nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein haben beispielsweise die Arbeiter der HDW-Werft in Hamburg und Kiel erfahren, daß 3.600 von ihnen auf die Straße gesetzt werden sollen. Bundesweit läuft gerade jetzt eine Entlassungswelle.

Bürgerliche Experten gehen davon aus, daß über mehrere Jahre hinweg ein stabiles Wirtschaftswachstum von vier Pro-

zent nötig wäre, damit die Arbeitslosenzahlen nicht weiter ansteigen! Erst bei Wachstumsraten von sechs Prozent wäre überhaupt ein Rückgang spürbar.

Kohls "Aufschwung" wird in erster Linie von verheerendem Sozialabbau gekennzeichnet sein. Was vor der Wahl verschwiegen wurde, kommt jetzt allmählich an die Öffentlichkeit. Die Vorschläge des Lambsdorff-Papiers werden in das Regierungsprogramm eingehen. Die Armen werden noch ärmer, die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen.

"Wenn es dem Unternehmer gutgeht..."

Viele Arbeiter haben im Moment noch Illusionen, daß es auch ihnen gut geht, wenn es den Unternehmern gutgeht. Doch diese Illusionen werden schnell zerrinnen.

In wenigen Monaten wird der Wind der CDU/CSU voll ins Gesicht blasen. Dafür spechen auch die Erfahrungen mit anderen bürgerlichen Regierungen in anderen Ländern, die schon wenige Monate nach ihrem Machtantritt mit einer massiven Gegenbewegung der Gewerkschaften konfrontiert waren. Keine Regierung der Erde sitzt heutzutage wirklich fest im Sattel - auch nicht die Bonner Kohl-Regierung. Die früheren CDU-geführten Regierungen unter Adenauer und Erhard waren hauptsächlich deshalb so stabil, weil es damals mit dem Lebensstandard der Arbeiter aufwärts ging.

Doch 1966 genügte schon die Unruhe über eine Arbeitslosenzahl von 700.000, um die damalige CDU/FDP-Koalition unter Erhard zu Fall zu bringen...

Verteidigung des Lebensstandards

Das Entscheidende bei dieser Perspektive ist doch die einfache Tatsache, daß die jüngere Generation von Arbeitern einen (verhältnismäßig) hohen Lebensstandard hat und nicht bereit ist oder bereit sein wird, sich diesen Lebensstandard einfach wieder wegnehmen zu lassen. Dinge wie Auto, Urlaubsreisen, Waschmaschine, Stereoanlage und eine gute Wohnungseinrichtung sind für die meisten Arbeitnehmerfamilien eine Selbstverständlichkeit. In den letzten Jahren haben sich die meisten einschränken müssen. Aus Angst um den Arbeitsplatz und aus der Hoffnung heraus, "daß es wieder besser wird", haben viele Arbeitnehmer einen mageren Lohnabschluß, manche Belegschaften sogar eine Lohnsenkung geschluckt. Aber Opfern muß einen Sinn haben, und wenn diese Opfer nur den Profiten der Kapitalisten dienen - "wozu sollen wir uns dann einfach die Wurst vom Brot nehmen lassen?", werden sich viele fragen.

Gerade dann, wenn ein kleiner Aufschwung eintritt, die Firmen wieder mehr Aufträge kriegen, Kurzarbeit teilweise abgebaut wird und wieder hier und da mehr Überstunden gefahren werden, werden viele organisierte Arbeiter wieder mehr Mut schöpfen und in der Tarifrunde das reinzuholen versuchen, was sie in den letzten Jahren geopfert haben.

Streikbewegungen

In dieser wie auch in den vorigen Tarifrunden haben wir vor allem in der Metallindustrie genug Kampfbereitschaft fest-

stellen können. Hunderttausende haben sich an Warnstreiks beteiligt. Doch die Gewerkschaftsführung hat sich immer wieder gegen Vollstreik ausgesprochen, weil es darauf ankomme, die Kräfte und Gelder der Gewerkschaft auf die große Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 1984 zu konzentrieren. Führende IG Metall-Kollegen sprechen bereits davon, daß ohne Streik eine spürbare Arbeitszeit-senkung nicht zu erreichen wäre. Die aktiven Kollegen an der Basis werden sie beim Wort nehmen. Eine größere Streikbewegung ist deshalb schon vor-gezeichnet.

Außerdem werden viele mit Massenentlassungen und Werkschließungen konfrontierte Belegschaften, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen, alle möglichen Kampfmaßnahmen bis hin zu Betriebsbesetzungen ergreifen. Aus ihrer Erfahrung heraus werden auch bisher unpolitische und konservative Arbeiter erkennen, daß diese Marktwirtschaft nichts taugt und eine neue Wirtschaftsordnung hermuß.

In den nächsten Monaten dürfte die Massenbewegung gegen die Stationierung von Atomraketen wieder Hunderttausende vereinen. Aber ohne eine breite Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung wird sich die Friedensbewegung nicht durchsetzen können.

Natürlich sollten wir uns keine rosaroten Bilderbuchvor-

stellungen von den bevorstehenden Auseinandersetzungen machen. Es wird immer wieder vorübergehende Phasen der Demoralisierung, Niedergeschlagenheit und der Verzweiflung geben. Aber die Konfrontation der Kohl-Regierung mit der Arbeiterbewegung ist vorprogrammiert. Unter diesen Umständen ist dann auch eine tiefe Regierungskrise nicht auszuschließen. Noch vor den Ablauf der vier Jahre könnte die CDU/CSU/FDP-Regierung auseinanderbrechen.

Viele Arbeiter werden bitter lernen, daß Nichtstun und Abwarten nichts bringt. Viele, vor allem Jüngere, werden sich wehren, werden sich in den Gewerkschaften aktivieren. Die meisten von ihnen werden auf der Suche nach einer politischen Alternative in die SPD eintreten, um sie von unten her zu erneuern.

Bei der nächsten Bundestagswahl könnte der Protest gegen die Kohl-Regierung der SPD einen so starken Zulauf bringen, daß sie die absolute Mehrheit gewinnt. Wir an der Parteibasis werden aber dafür sorgen müssen, daß die nächste SPD-Regierung sich nicht mehr vom Kapital erpressen läßt, sondern ihre breite Anhängerschaft mobilisiert, um mit diesem System, mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für immer Schluß zu machen.

Hans-Gerd Öfinger, Remscheid Mitglied im Juso UB-Vorstand

SPD-Wahlkampf-führung Keine Mobilisierung Schon am Anfang fiel auf, daß die CDU einen offensiven Wahlkampf führte und dabei nicht zimperlich war: Stichwort Mietenlüge, unanständige Deutsche, Verbrecher, usw. Versprochen wurde nur, einige Kürzungen der CDU rückgängig zu machen, aber Vogel stellte selbst auch wieder neue Opfer in Aussicht. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet gab es nichts neues: Solidarpakt, d.h. Zusammenarbeit mit den Unternehmern, Beschäftigungsprogramme - alles schon dagewesen und zwar ohne Wirkung. Am schlimmsten waren jedoch die Äußerungen der SPD-Spitze über mögliche Regierungsbildungen während des ganzen Wahlkampfes. Wähler dachte laut über eine große Koalition nach, Vogel wolle ein CDU-Minderheitskabinett stützen, wenn die CDU stärkste Fraktion würde. Regierungübernahme mit den Stimmen der Grünen - keine klare Antwort. Dies alles hat zweifellos verwirrend und demoralisierend auf SPD-Mitglieder und -Wähler gewirkt. Man fragte sich wirklich zeitweise: will die SPD-Führung überhaupt zurück an die Regierung?

Deutsche Investitionen kosten ihren Preis:

DROHENDE DIKTATUR IN SRI LANKA

Entstehung der neuen Arbeiterpartei NSSP

Vielleicht wird sich der eine oder andere Leser gefragt haben, was unser Entwicklungshilfeminister Warnke im Dezember 1982 auf Sri Lanka (ehemalige britische Kolonie Ceylon), einer kleinen Insel im indischen Ozean, zu suchen hatte. Wollte er sich etwa nur vergewissern, daß dort "demokratische Verhältnisse" herrschen? Nein, ihn führte das starke wirtschaftliche Engagement der BRD dorthin. Wer sein Geld investiert, will auch nach dem Rechten sehen.

Im selben Monat ließ der Präsident Sri Lankas, J.R. Jayawardene, eine Volksabstimmung durchboxen mit dem Ziel, die für 1983 vorgesehenen Parlamentswahlen um sechs Jahre zu verschieben. Schon im November hatte er den nationalen Notstand ausgerufen, die Pressezensur verhängt und Oppositionspolitiker verhaften lassen. Regierungsnaher Schlägerbanden terrorisierten die Straßen und schlugen Frauen und Kinder zusammen.

Arbeiterbewegung

Sri Lanka hat eine relativ kleine, dafür aber hochgebildete Arbeiterklasse. 22% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in Fabriken und im gut ausgebauten Transport- und Dienstleistungsbereich.

Die Arbeiterbewegung in Sri Lanka blickt auf eine sehr kämpferische Tradition zurück, deren Ursprünge in den Befreiungskriegen der 30er und 40er Jahre gegen die Kolonialherrschaft Großbritanniens in Indien und Ceylon liegen. An die Spitze dieser Bewegung stellte sich die in den 30er Jahren gegründete LSSP (Lanka Sama Samaja Party), die sich zum Programm des aus der Sowjetunion ausgewiesenen Revolutionsführers Leo Trotzki bekannte. Sie wurde zur Massenpartei der Arbeiter.

Der revolutionäre Generalstreik von 1953 unter Führung der LSSP erzwang weitgehende Reformen wie z.B. kostenlose Ausbildung bis hin zur Universität, sozialstaatliche Leistungen, kostenlose Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wie Reis.

Die Zugeständnisse der Herrschenden nährten aber die reformistischen Illusionen der LSSP-Führer: sie glaubten, der Kapitalismus könne nun doch die gegensätzlichen Interessen der Arbeiter und Unternehmer versöhnen. Zudem sahen sie die Möglichkeit, Ministerposten in einer Koalitionsregierung zu bekommen und schlugen den parlamentarischen Weg ein.

Volksfront

So ging die LSSP 1970 eine Koalition mit der SLFP (Sri Lanka Freedom Party) und der KP ein. Die SLFP vertritt die Interessen der inländischen Unternehmer, während die UNP des jetzigen Präsidenten nach der

Pfeife der internationalen Konzerne tanzt.

Die "Volksfront"-Regierung von 1970 bis 1977 führte anfangs weitgehende Maßnahmen zur Verstaatlichung der Teeplantagen sowie von 80% der Wirtschaft durch. Sie war unter

Die marxistische VAMA-Tendenz, die sich 1972 gegründet hatte und die Volksfrontpolitik vom revolutionären Standpunkt aus kritisierte, bildete trotz wiederholter Parteiausschüsse und Druck von oben einen Pol der Opposition in der LSSP. Die Kri-

bekräftigt, das kapitalistische System in Sri Lanka abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Dabei verläßt sich die NSSP einzig und allein auf die Stärke der ceylonesischen und internationalen Arbeiterklasse.

angeführt wurde. Obwohl der Streik mit der Entlassung aller Streikenden und der vorübergehenden Inhaftierung vieler NSSP- und Gewerkschaftsführer endete, bewies er noch einmal die Stärke der Arbeiterbewegung.



Ein Generalstreik im Sommer 1980 wurde durch massiven Polizeieinsatz, Verhaftungen und Massenentlassungen gebrochen

den Druck der Arbeiter geraten, die endlich eine Chance sahen, das radikal klingende Programm im eigenen Interesse umzusetzen. Allerdings blieb das Außenhandelsmonopol in den Händen der westlichen Großkonzerne, und die Finanzwirtschaft blieb den mächtigen Kreditgebern in den USA, Großbritannien und BRD untergeordnet.

Der eigentliche Sinn dieser Regierung läßt sich darin erkennen, daß der Lebensstandard der Arbeiter um sage und schreibe 50% gekürzt wurde!

Niederlage und Neugründung

Bei den Wahlen 1977 bekam die LSSP die Quittung für dieses Fiasko: sie war (wie die KP) im Parlament nicht einmal mit einem einzigen Sitz mehr vertreten.

Innerhalb der Partei jedoch brodelte es. 50% der Mitglieder machten die Führung für die Wahlniederlage verantwortlich.

Die marxistische VAMA-Tendenz, die sich 1972 gegründet hatte und die Volksfrontpolitik vom revolutionären Standpunkt aus kritisierte, bildete trotz wiederholter Parteiausschüsse und Druck von oben einen Pol der Opposition in der LSSP. Die Kri-

bekräftigt, das kapitalistische System in Sri Lanka abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Dabei verläßt sich die NSSP einzig und allein auf die Stärke der ceylonesischen und internationalen Arbeiterklasse.

Im Programm wurde das Ziel

Aufschwung mit Sozialabbau

Der UNP-Sieg 1977 läutete eine bis heute andauernde Periode der Reaktion ein, und die Arbeiterklasse ist immer noch auf dem Rückzug. Nach der Wahl von 1977 haben die beiden Wachhunde westlicher Kapitalinteressen in der 3. Welt, der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank, Sri Lankas krisengeschüttelter Wirtschaft mit massiven Darlehen und Geldspritzen vorläufig wieder auf die Beine geholfen.

Präsident "J.R." hatte den Auftrag, die Insel in ein kapitalistisches Paradies nach dem Vorbild Singapurs umzuwandeln. Er erklärte einen 200km langen Streifen zur Freihandelszone mit günstigen Bedingungen für westliche Investoren. Dazu mußte der Lebensstandard der Arbeiter und Bauern drastisch heruntergeschraubt werden.

Mit Hilfe groß angelegter Projekte, wie dem Bau des Mahaweli-Staudamms, einem Touristenstrom aus Europa, den Devisen Zehntausender ceylonesischer Arbeiter in den arabischen Golfstaaten und günstigen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt gelang es vorübergehend, die Wirtschaft in Schwung zu bringen und 600.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Rezept des IWF hieß Sozialabbau und Inflation. 1978 wurden 9% des Bruttosozialprodukts (BSP) für Soziales ausgegeben. 1980 dagegen waren es nur noch 5%.

Das dicke Ende des IWF-Aufschwungs kommt aber noch: 1985 wird der Schuldendienst im Westen 24% des BSP verschlingen! Nun ist die Rede von einer erheblichen Abwertung der Währung, die aber die steigende Inflation nur noch anheizen und den Lebensstandard der Bevölkerung weiter herunterdrücken würde.

Generalstreik 1980

Um mit der Arbeiterbewegung abzurechnen, machte sich J.R. sofort daran, seine Macht auszubauen und demokratische Rechte abzuschaffen. Die neue Verfassung sieht einen Abbau der Macht des Parlaments gegenüber dem Präsidenten vor und kann nur mit einer 2/3-Mehrheit geändert werden.

1979 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Streiks im öffentlichen Dienst verbot. 80.000 Arbeiter und Angestellte boten ihm trotzdem die Stirn mit einem mutigen Generalstreik im Sommer 1980, der von der NSSP

Abbau der Demokratie

Im Oktober 1982 wagte es "J.R." wieder, zum nächsten Schlag auszuholen. Präsidentschaftswahlen wurden überraschend ausgeschrieben, wobei sich J.R. vorsorglich seine Haupttrivalin Banderanaika durch Aberkennung aller bürgerlichen Ehrenrechte vom Halse hielt. Durch massive Stimmungsmache schaffte er mit 3,4 Millionen Stimmen den Sieg.

Um die 1983 fällig werdenden Neuwahlen für weitere sechs Jahre zu verschieben, ließ Jayawardene am 22.12.1982 ein sogenanntes Referendum abhalten. Es sollte dem Abbau des parlamentarischen Systems ein "demokratisches Gesicht" verleihen. Noch 54,7% stimmten mit "ja". Doch dieser "Sieg" steht auf wackligen Beinen.

Das Ergebnis und die Umstände des Referendums machen trotz Repressalien und Verfolgung klar, daß J.R. seine Strategie nicht ohne Widerstand verfolgen kann. Seitdem hat er die Pressezensur und den Notstand wieder aufgehoben. Die Opposition ist trotz Verhaftungen und Morddrohungen gewachsen, obwohl sie nicht vereint ist. Nur das ist J.R.'s Stärke: sonst muß er vorerst leise treten, um nicht den organisierten Widerstand der Bevölkerung auf den Plan zu rufen. Doch wird er aufgrund der wirtschaftlichen Krise nicht herumkommen, ihn offen niederzuschlagen. Spätestens dann wird die parlamentarische Demokratie endgültig begraben sein, und werden einer unverblühten Diktatur Tür und Tor offenstehen.

Solidarität

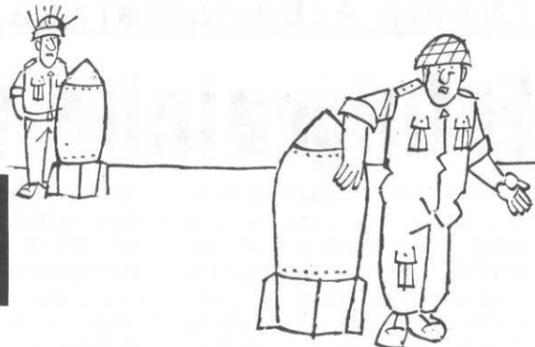
Sozialisten und Gewerkschafter in Europa werden ihr Augenmerk auf die Entwicklungen der kommenden Monate in Sri Lanka richten müssen, um zur praktischen Solidarität bereit zu sein. Britische Gewerkschaften haben den Arbeitern im Generalstreik 1980 konkrete Unterstützungen durch Spenden, Appelle an die Botschaft und Streikaktionen zukommen lassen.

Schon allein wegen des finanziellen Engagements der deutschen Kapitalisten müssen wir in der deutschen Arbeiterbewegung eindeutig zeigen, auf wessen Seite wir stehen.

Felicity Bull, Köln
SPD Altstadt-Nord

Genfer Verhandlungen

ABRÜSTUNG DURCH VERTRÄGE?



„Wie kann ich denn abrüsten, solange der mich zwölfmal töten kann, ich ihn aber nur einmal?“

In Genf "verhandeln" die Supermächte USA und UdSSR zur Zeit über einen Abbau der Atom-Mittelstreckenraketen in Europa. Doch welche Aussichten hat dies überhaupt?

"Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", sagte einmal ein berühmter preußischer Militärtheoretiker und -praktiker. Abgewandelt auf den Kapitalismus heißt das: Der Krieg ist die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln.

Fast so alt wie die Kriege selbst sind die vergeblichen Bemühungen, die von den herrschenden Klassen angezettelten Kämpfe zu "vermenschlichen". Der deutsche Imperialismus

war im 1. Weltkrieg vernichtend geschlagen worden. So konnte er an einen neuen Krieg vorläufig nicht denken. Das Versailler "Friedensdiktat" wollte er aber wegen der hohen Reparationszahlungen und der Gebietsabtrennungen auf Dauer ebenfalls nicht akzeptieren. Folglich war es seine Strategie, mit den Rivalen vorläufig "Frieden" zu schließen, um die Hände frei zu haben für eine militärische Neu-Aufrüstung. 1925 unterzeichnete Deutschland mit Frankreich, Belgien, und Großbritannien den "Sicherheitspakt von Locarno". Darin wurde die ausdrückliche Verpflichtung abgelegt, "in keinem Fall zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Krieg gegenein-

ander zu schreiten." Der deutsche Außenminister Stresemann wird in den Geschichtsbüchern als "Friedensengel" gefeiert. Allerdings schrieb er dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, daß dieser Kriegsverzicht "nur theoretischen Charakter" habe.

In demselben Brief wurden entgegen der öffentlichen Friedensbeteuerungen "drei große Aufgaben" deutscher Außenpolitik formuliert:

1. "Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichem Sinn."
2. "Befreiung der 10 bis 12 Millionen Deutschen, die unter fremdem Joch in fremden Ländern leben."
3. "Korrektur der Ostgrenzen."

Das war eine geheime Kriegserklärung der deutschen Imperialisten gegen ganz Europa, lange bevor sie ihr Aufrüstungswerkzeug, den Hitler-Faschismus an die Macht brachten. In der Folgezeit wurde diese Taktik öffentlicher Friedenseide und geheimer Kriegsvorbereitungen fortgesetzt: 1926: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag.

1933: Im Oktober bekundet Hitler in einem "Aufruf an das deutsche Volk" den "Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben".

1934: Nichtangriffspakt zwischen Hitler und dem polnischen

Diktator Pilsudski. 1935: Deutsch-englisches Rüstungsbegrenzungsabkommen.

1939: Hitler-Stalin-Pakt, der den gegenseitigen Nichtangriff zum Inhalt hat, wird veröffentlicht. In einem geheimen Zusatz wird die Aufteilung Polens geregelt. Kein einziger Vertrag hinderte den Hitler-Faschismus daran, nach Schaffung der politischen Voraussetzungen und der militärischen Stärke sämtliche Verträge zu brechen und einen barbarischen Krieg anzuzetteln.

Aber ist das "demokratische Amerika" von heute mit der Hitler-Diktatur zu vergleichen? Natürlich nicht in jeder Hinsicht.

Doch der US-Imperialismus bricht Verträge genauso wie andere imperialistische Mächte vor ihm. Man betrachte nur die heuchlerischen Versprechen, "in aller Welt Demokratie und Menschenrechte zu fördern" und die gleichzeitige Unterstützung der Militärdiktatur beim NATO-Partner Türkei. Oder die geheimen Waffenlieferungen an die Militärdiktatur in El Salvador. . . und, und, und. . .

Bei den Genfer Verhandlungen sitzen die Herrschenden aus Ost und West am grünen Tisch: Kapitalisten, deren System sich auf Privateigentum an den Produktionsmitteln stützt, und Bürokraten, die über ein System herrschen, das auf Planwirtschaft und Staatseigentum basiert. Sie

mißtrauen sich gegenseitig auf's äußerste.

Sollten am Ende wirkliche, echte Abrüstungsschritte herauskommen, so wäre dies natürlich zu begrüßen. (Es wäre jedoch das erste Mal in der Weltgeschichte.) Aber Abrüstung alleine sichert den Frieden nicht auf Dauer.

Selbst wenn 90% des gegenwärtigen Waffenpotentials der Erde verschrottet würden, wären immer noch 10mal so viele Vernichtungsmittel vorhanden wie 1939. Wenn dann wieder ähnliche politische Ausgangsbedingungen wie 1939 entstehen, würde dies auch erneut zum Krieg führen.

Darum behält Rosa Luxemburg recht: Der Weltfriede läßt sich dauerhaft nur sichern, wenn weltweit eine sozialistische Demokratie, eine Gesellschaft ohne das Eroberungsstreben einer herrschenden und besitzenden Klasse besteht.

"Sozialistische Demokratie" - das heißt:

* Sturz der herrschenden bürokratischen Diktaturen im Ostblock und Demokratisierung auf allen Ebenen.

* Sturz des Großkapitals im Westen und Sozialisierung der Banken, Versicherungen und der großen Industrieunternehmen.

Kurt Pfeifle, Aachen
Mitglied der Jungsozialisten



Juso-Bundeskongress:

OHNE KONZEPT IN DEN HERBST

Daß die Jungsozialisten ohne Wenn und Aber gegen die NATO-Aufrüstung sind, stand schon vor dem diesjährigen Juso-Bundeskongress in Oberhausen fest.

Wer allerdings von dem eigens zum Thema Frieden und Abrüstung einberufenen Sonderkongress wegweisende Perspektiven für den praktischen Kampf erwartet hatte, sah sich enttäuscht.

Bei der Beratung der vorliegenden Anträge bestand lediglich Einigkeit über einen Grundsatzantrag, der im wesentlichen Ursachen, Ausmaß und Folgen der US- und NATO-Hochrüstungspolitik beschreibt. Eine "allmähliche Veränderung der gesamten europäischen Sicherheitsordnung" u.a. durch Schaffung atomwaffenfreier Zonen, Abrüstungskonferenzen und Verträge sind Kernpunkte der Forderungen dieses Antrags, auf den sich Reformsozialisten und "Stamokaps" einigten.

Zwar wird im Antrag selbst festgestellt, daß die Phase der "Entspannungspolitik gleichzeitig

die Phase der massivsten Aufrüstung der Weltgeschichte" war, und daß es nicht ausreicht, "den Ist-Zustand . . . festzuschreiben und die Aufrüstung nur noch in kontrollierten Rahmen stattfinden zu lassen". Doch daraus werden keine Konsequenzen gezogen.

Obwohl auch laut Antrag die "Verantwortung für die weltweite Aufrüstung bei den politischen Entscheidungsträgern in den imperialistischen Zentren" gesehen wird, leitet man daraus nicht unmißverständlich die Forderung nach radikaler, einseitiger und bedingungsloser Abrüstung ab (wie z.B. die britische Labour-Party auf ihrem letzten Kongress sogar mit 2/3-Mehrheit).

Selbst die Forderung nach Austritt aus der NATO, die von Jusos schon Anfang der 70er Jahre aufgestellt wurde, sah man jetzt als zu weitgehend an.

Ganz abgesehen davon ist die Vorstellung ohnehin illusionär, man könne durch stufenweisen Abbau der Waffen und durch Sicherheitssysteme zum Ziel

kommen. Sie läßt außer Acht, daß sich die Herrschenden nicht einfach schrittweise entwaffnen lassen; denn auf Waffengewalt stützen sie letztendlich ihre Macht, wenn andere Mittel nicht mehr ausreichen.

Bei der Debatte über die Perspektiven für die Friedensbewegung und die konkreten Kampfformen gegen die Stationierung im Herbst setzten sich dann die Taktiker durch: aus Angst, mißliebige inhaltliche Positionen könnten sich durchsetzen, beschloß die Mehrheit (bestehend überwiegend aus reformistischen Bezirken) dieses Thema schlicht nicht zu befassen!

Nachdem man schon so weit war, beschloß der Kongress gleich hinterher, nun lohne auch die weitere Beratung sämtlicher anderer Friedensanträge nicht mehr.

Die einzigen Lichtblicke im Kongreßverlauf:

- die Rede von Oskar Lafontaine, der die Jusos wohl bald links überholen dürfte: er stellte z.B.

die Mitgliedschaft in der NATO durchaus in Frage;

- der Aufruf zum Boykott der Volkszählung, zu dem sich eine große Mehrheit der Delegierten entschloß.

Alles in allem ein Kongreß, der an der Orientierungslosigkeit der Jusos nicht viel änderte.

Ursel Beck, Stuttgart
Delegierte

Wahl ausgang MISSTRAUEN

Ein Jugendvertreter in einem Nürnberger Großbetrieb berichtete:

Die CSU'er glauben an einen gesicherten Aufschwung und den Abbau der Arbeitslosigkeit. Einige Kollegen sehen den Regierungswechsel als Test an: wenn CDU/CSU es in den vier Jahren nicht besser machen, wählen wir wieder SPD. Unbeantwortet blieb die Frage: wer wählt eigentlich die FDP?

Gewerkschaftlich organisierte Kollegen (IG Metall) sehen in den Wahlergebnissen eine Schlappe für die SPD, besonders in Nürnberg. Die SPD verlor beide Direktmandate an die CSU, die ihren größten Erfolg verbuchen konnte (CSU 45,5% - SPD 40,7%). Da herrschte gerückte Stimmung vermisch mit etwas Freude über die Grünen, die mit der Käuflichkeit der Parteien (Flick-Affäre) hart ins Gericht gingen.

Unter den Vertrauensleuten wurden Befürchtungen laut, Kohl hätte eine Änderung (d.h. Verschlechterung) des Betriebsverfassungsgesetzes angekündigt. Der Kündigungsschutz für Betriebsräte und Jugendvertreter soll eingeschränkt werden, Betriebsversammlungen sollen seltener stattfinden. Dies würde das Informationsrecht zwischen Belegschaft und Betriebsrat weiter einschränken.

Das Mißtrauen der Kollegen gegenüber dem Staat zeigte sich auch in der Bereitschaft zum Volkszählungsboykott. Sie wollen nur Name und Adresse angeben! Vielleicht veröffentlichten die Vertrauensleute auch einen Aufruf an die Beschäftigten. Die IG Druck in Nürnberg rief Ihre Mitglieder bereits zum Boykott auf.

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9,60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59 - 430, PscHA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 64 erfolgt nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: _____
Adresse: _____

Am 2.2.83 veranstaltete, wie in der letzten VORAN angekündigt, die Juso-AG Remscheid eine Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitslosigkeit. Trotz schlechten Wetters erschienen ca. 90 Leute.

Als erster Sprecher berichtete Karl-Heinz Hinz, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender einer Messerfabrik, von der Schließung seiner Firma: "Der Betrieb meldete ohne Wissen der Belegschaft in den Betriebsferien Konkurs an. Bezeichnenderweise wurde die GmbH vorher schnell in eine GmbH & Co KG umgewandelt, d.h., daß niemand mehr mit seinem Privatvermögen haftet. Als Gründe für die Pleite wurden Fehler im Management und in der Geschäftsleitung genannt. Die Maschinen waren veraltet, weil nie genug investiert wurde, obwohl die Firma einen Umsatz von fünf bis sechs Millionen DM hatte."

Anschließend berichtete die Arbeitsamtsleiterin Holzer über die örtliche Arbeitsmarktlage: "Da gibt es mittlerweile pro freie Stelle 70 Arbeitslose. Seit neuestem sind auch Jugendliche betroffen, für die es in Remscheid bis vor kurzem keine Probleme gab."

Harald Neumann, Betriebsratsvorsitzender, brachte die Misere auf den Nenner: "Das Gesellschaftssystem ist Schuld,

Thema Arbeitslosigkeit:

Erfolgreiche Veranstaltung

Investitionsentscheidungen werden immer nur vom privaten Kapital entschieden, und nur getätigt, wenn Arbeitsplätze wegfallen. Der technische Fortschritt bringt auch nur für einige Vorteile. Man muß die Aufgaben in den Gewerkschaften ernst nehmen und endlich für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kämpfen. Schon im DGB-Grundsatzprogramm und in der Satzung der IG Metall steht, die Schlüsselindustrien müssen in Gemeineigentum überführt werden.

Oskar Steinhoff, SPD-Ratsmitglied und Gründer einer Arbeitsloseninitiative, half mit Zahlen ein genaueres Bild zu bekommen: "Die Zahl der Erwerbstätigen sank 1981 um 0,7%, 1982 um 0,9% und wird 1983 voraussichtlich um 1,5% bis 2,5% sinken, die Produktivität steigerte sich 1981 um 1,7%, 1982 um 1,3% und wird sich 1983 vermutlich um zwei bis 2,5% steigern. Trotzdem stieg die Arbeitslosigkeit jedes Jahr. 1981 5,5%, 1982 7,5% und für 1983 schätzt man 9,5%."

Hans Wiertz, Betriebsrat bei Thyssen Remscheid, zu alledem: "In der Bundesrepublik

gibt es zwar eine Schulpflicht, aber keine Ausbildungspflicht. Das Verbot der Leiharbeit muß durchgesetzt werden, der Abbau der Mehrarbeit muß vorangetrieben werden, und die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich muß endlich eingeführt werden. Die 24-32 Stundenwoche ist ja schon durch Kurzarbeit in vielen Betrieben eingeführt.

Obwohl in den letzten zwei Jahren die Gewinne um 8% stiegen, sinken die Reallöhne immer mehr. Die Gewinne der Unternehmer lagen 1982 bei

Der Diskussionsleiter forderte daraufhin zu einer Spendensammlung für die Heckel-Belegschaft auf, die spontan 224,27 DM einbrachte.

Im Anschluß daran, kam es zu einer regen Diskussion, an der sich fast alle Besucher beteiligten. Es wurden viele Fragen an die anwesenden Experten gestellt und viele Beispiele aus eigener Erfahrung vorgebracht. Immer wieder kam die Forderung nach Verstaatlichung und Überführung in Gemeineigentum, als einziger Ausweg aus der Krise, auf den Tisch.

Von links nach rechts:

Hans Wiertz, Betriebsrat Thyssen

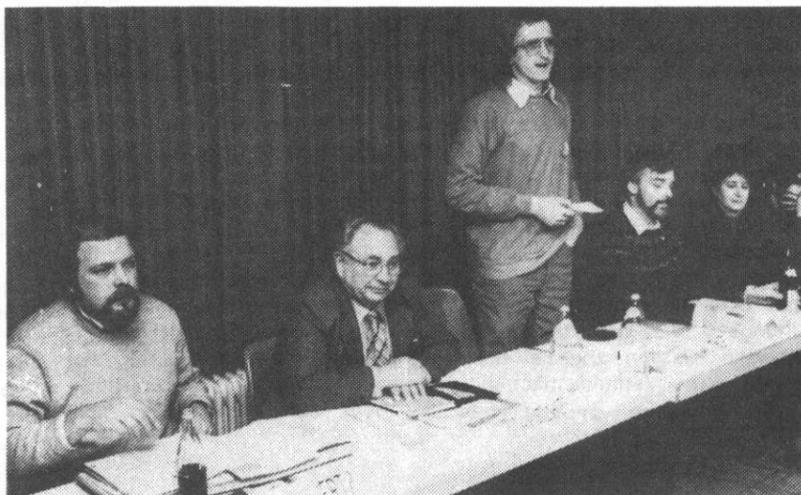
Oskar Steinhoff, IG Metall

H.G. Öfinger, Diskussionsleiter

Harald Neumann, BR-Vorsitzender

Rosemarie Holzer, Arbeitsamt

K.H.Hinz, ehem. BR-Vors.



KEINE BESOLDUNGSPAUSE!

Für ihre Protestmärsche bekamen die Beamten eine denkbar schlechte Presse. Manche Artikelschreiber kamen über das Stadium finsterster Polemik nicht hinaus, andere versuchten zwar, sich sachlich mit dem Thema auseinanderzusetzen, scheiterten letztendlich jedoch daran, daß sie - wie so häufig - den in Wirklichkeit sehr seltenen Oberamtsrat, verheiratet, mit zwei Kindern und Dienstwagenfahrer, als "repräsentatives" Beispiel nahmen.

Um hier mal einige Irrtümer zu beseitigen, seien ein paar Zahlen (1980) genannt. Von den insgesamt 2.096.000 Beamten in Deutschland verdienen 69,5% unter 2.000 DM netto, 23,7% sogar unter 1.400 DM.

Und von den 1.683.335 Beamten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes (z.B. Bund, Länder, Bahn, Post) gehören 770.586 dem einfachen und mittleren, also den untersten Laufbahnen an.

Zur Verdeutlichung noch ein Beispiel. Der berühmt-berüchtigte Amtmann (gehobener Dienst, Besoldungsstufe A11), 50 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind, verdient satte 3.905,49 DM brutto.

Der ledige Zollassistent, 22 Jahre alt (mittlerer Dienst, Besoldungsstufe A 5) darf sich allerdings mit 1.728,73 DM brutto durchs Leben schlagen.

Um gleich jedem Irrtum vorzubeugen: Beamte zahlen genausoviel Steuern wie jeder andere Arbeiter auch. Und auch Krankenkassenbeiträge müssen sie bezahlen, denn die Beihilfe, die der Staat gewährt, beträgt für einen Ledigen nur 50%, d.h., die restlichen 50% müssen selbst finanziert werden. (Diese 50% Versicherungen sind übrigens im Verhältnis zu einer nor-

malen Krankenversicherung viel teurer.)

Ein weiterer Punkt, zu dem häufig wilde Gerüchte kursieren, ist das Thema Zulagen. Neulich wurde in einer bekannten Illustrierten, die sich des Themas zum wiederholten Male annahm, als Beispiel eine "Zulage" für die Dauer der Benutzung von Nebenschallanlagen auf Feuerschiffen" in Höhe von 0,35 DM je Stunde aufgeführt. Man möge sich mal überlegen, wieviele Beamte wohl diese sensationell hohe Zulage bekommen.

Warum andere Zulagen wie z.B. die für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr) bekräftelt werden, ist nicht zu verstehen, zahlt doch die Industrie für Nachtsichten Zulagen.

Während die durchschnittlichen Bruttolöhne und Gehälter in der Zeit von 1969 bis 1980 um 153,5% stiegen, wuchsen die Beamtenzulagen in der gleichen Zeit um nur 125,3%.

Der einzige riesengroße Vorteil, den Beamte wirklich haben, ist der sichere Arbeitsplatz. Dafür fehlt ihnen das Streikrecht. Das führt dazu, daß der Staat mit seinen erzwungenermaßen braven Dienern so ziemlich machen kann, was er will. Die "Besoldungspause" ist der Anfang. Die Brüning'schen Notverordnungen stehen als Schreckgespenst im Hintergrund.

- *Die Beamtenbesoldung und die Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst dürfen nicht auseinandergerissen werden.
- *Streikrecht für alle.
- *Für ein einheitliches öffentliches Dienstrecht.

Regina Leschinski, Köln
Beamtin in der ÖTV

283 Milliarden und investiert wurden 107 Milliarden. Da stellt sich die Frage: Wo sind die restlichen 176 Milliarden geblieben?"

Anschließend erzählte Karl-Heinz Rölke von seinem Besuch bei der zu diesem Zeitpunkt noch besetzten Firma Heckel.

Es wurde bemängelt, daß Arbeitslose nicht in die Gewerkschaft dürfen. Sie werden von ihren früheren Kollegen ausgeschlossen und zu einer Randgruppe abgestempelt, aber bei vielen kommt das Bewußtsein, sich zu organisieren nun mal erst im Notfall. Dann gibt es ja

*Die Kontrolle über die Betriebe muß durch Belegschaft, Gewerkschaft und Staat gewährleistet sein!

Der Erfolg der Veranstaltung zeigt, daß das Thema noch weiter diskutiert werden muß.

Marita Bajorat, Remscheid
Mitglied der Jungsozialisten

OLDENBURGER GLASHÜTTE MACHT DICHT

In Oldenburg soll nach dem Willen der Gerresheimer Glas AG die Oldenburger Glashütte Ende Mai '83 geschlossen werden. Mit rund 15% hat Oldenburg zwar noch eine im Vergleich zu manch anderen Bereichen des Weser-Ems-Gebiet eine relativ (!) geringe Arbeitslosenquote (z.B. Friesoythe: über 30%!), doch mit 424 neuen Arbeitslosen durch die Schließung der Glashütte würden auch hier die Zahlen weiter steigen.

Was aber ist der Grund für die Schließung? Die Gerresheimer behauptet, auf dem Markt bestünde eine Überkapazität von 100.000 Tonnen Behälterglas pro Jahr - dies entspricht genau der Kapazität des Oldenburger Zweigwerks, das deshalb geschlossen werden müsse. Die IG Chemie konnte jedoch nachweisen, daß der Konzern in diesem Jahr in anderen Zweigwerken die Produktion um 44.000 Tonnen, und im nächsten Jahr nochmal um 30.000 Tonnen erhöhen will. Es geht also nicht um den Abbau von Überkapazität,

sondern um eine Produktionsverlagerung, die (nach Auskunft eines Betriebsrats) dem Konzern immerhin 26 Millionen DM zusätzlich in die Kasse bringt. Und was sagt die Geschäftsleitung hierzu: Kein Kommentar!

Hinzugefügt werden muß noch, daß die Gerresheimer Glas AG keineswegs ein kriselnder Konzern ist. Die Oldenburger Schließung erfolgt also nicht, um noch einmal dem Konkurs zu entgehen, sondern um noch mehr Profit herauszuholen. Kein Wunder, daß weite Teile der Öffentlichkeit Sturm liefen: eine Bürgerinitiative wurde gegründet, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen organisiert.

Sogar die Lokalprominenz von CDU und FDP protestierte scheinheilig gegen die Schließung. Den Protest begründeten diese damit, daß das Vorgehen des Konzerns "einer Demontage der freien und sozialen Marktwirtschaft gleichkommt" (So ein Sprecher der Stadtverwaltung). Falsch! Denn das Ziel, unabhän-

gig von den sozialen Folgen wie Arbeitslosigkeit möglichst hohe Profite zu machen, ist ja gerade wesensmäßig für das kapitalistische System, weil dort nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Gewinnspannen des Unternehmers zur Richtschnur wirtschaftlichen Handelns gemacht werden. Eben deshalb sind wir auch gegen dieses kapitalistische Wirtschaftssystem!

Trotz des öffentlichen Protests verzichtete die Gewerkschaft auf Kampfmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze. Begründet wurde dies damit, daß durch Kampfmaßnahmen angeblich negative Auswirkungen auf den Sozialplan zu erwarten seien. Damit opferte man das eigentliche Ziel kurzfristigen Verbesserungen in Form eines Sozialplanes - die Arbeitsplätze sind futsch! Aber selbst wenn man die Schließung nicht hätte verhindern können: hätte man nicht vielleicht durch Kampfmaßnahmen den Umfang des Sozialplanes vergrößern können? Dies ist jedenfalls z.B. bei Video-Color in Ulm gelungen, wo die Kollegen durch eine Betriebsbesetzung erheblich mehr herausholen konnten.

Im Kampf gegen zukünftige Schließungen ist deshalb wichtig, daß die Erfahrungen, die bei anderen Schließungen gemacht wurden, für die jeweils Betroffenen nutzbar gemacht werden. Hätte man in Oldenburg von anderen Auseinandersetzungen wie z.B. Video-Color gewußt, so hätte vielleicht mehr erreicht werden können.